

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Stadtkasse / Steuern
Bearbeitet von: Frau Schäfer (FB 3/2.3)

Datum
24.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

13.11.2002

Rat

27.11.2002

Betreff:

**Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer
aufgrund der Aufhebung des Vergnügungssteuergesetzes NRW**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer gemäß der Anlage 1 zu dieser Vorlage.

Sachverhalt / Begründung:

Das Kommunalisierungsmodellgesetz NRW tritt nach fünfjähriger Geltungsdauer zum 31. Dezember 2002 außer Kraft. Auf der Grundlage dieses Gesetzes konnten Gemeinden „zur Erprobung neuer Modelle zur Aufgabenerledigung“ auf Antrag durch Rechtsverordnung des Innenministeriums von einigen Gesetzen und Verordnungen, so auch von Vorschriften des Vergnügungssteuergesetzes NRW hinsichtlich der Höhe der Steuersätze mit der Maßgabe befreit werden, dass sie abweichende Steuersätze durch Satzung selbst festlegen. An diesem Modellversuch haben verschiedene Städte in Nordrhein-Westfalen (z.B. Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Köln, Oberhausen) teilgenommen.

Die Anhebung der Steuersätze auf der Grundlage speziell erlassener oder geänderter Vergnügungssteuersatzungen führte - zumindest aus fiskalischer Sicht - insgesamt zu positiven Ergebnissen. Als Ziel des Landesgesetzgebers, im Rahmen dieses Modellversuchs sowohl die finanzielle Leistungsfähigkeit als auch die Eigenverantwortlichkeit der Kommunen zu stärken, kann nach den vorliegenden Erkenntnissen als erreicht betrachtet werden. Demzufolge wird das derzeitige Vergnügungssteuergesetz NRW vom 14.12.1965 zum 31.12.2002 außer Kraft gesetzt bzw. aufgehoben. Das Gesetzgebungsverfahren ist durch die Landesregierung eingeleitet worden.

Mit der Aufhebung des Vergnügungssteuergesetzes sind die nordrhein-westfälischen Gemeinden aufgrund der §§ 1-3 Kommunalabgabengesetz NRW berechtigt, die Vergnügungssteuer auf der Basis einer genehmigungsfreien Vergnügungssteuersatzung ab 01. Januar 2003 weiterhin zu erheben.

Bei der Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für die Vergnügungssteuererhebung ist es den Kommunen u.a. freigestellt, die bisher normierten Steuertatbestände zu modifizieren oder deren Umfang zu verringern oder auszuweiten. Die Gestaltungsfreiheit erstreckt sich beispielsweise auch auf die Festlegung der Steuermaßstäbe und -sätze sowie die Art der Steuerfestsetzung (Steuerbescheid, Steueranmeldung).

Die von der Verwaltung erarbeitete und als Anlage 1 beigefügte Vergnügungssteuersatzung orientiert sich an einer Mustersatzung des Deutschen Städtetages und übernimmt im Wesentlichen die Strukturen des derzeitigen Vergnügungssteuergesetzes NRW (Aufbau, Gliederung, Inhalt), weicht aber gleichwohl von zahlreichen Einzelvorschriften des Landesgesetzes ab, weil sich diese zum Teil als antiquiert, überflüssig, rechtlich bedenklich, zu kompliziert, lückenhaft oder widersprüchlich erwiesen haben.

Die sich bei der Vergnügungssteuer ergebenden Veränderungen für die Steuer-schuldner sind aus der Anlage 2 ersichtlich. Hinzuweisen ist darauf, dass die von der Verwaltung jetzt vorgeschlagenen Steuersätze sich an den Festsetzungen von Städten vergleichbarer Größenordnung in NRW orientieren.

Es ergeben sich insbesondere Mehrbelastungen für die Betriebe, die gewinnorientierte Automaten in Spiel- und Gaststätten unterhalten. Hierdurch soll auch dem ordnungspolitischen Charakter der Vergnügungssteuer und dem damit verbundenen Lenkungszweck Rechnung getragen werden. Im o.a. Modellversuch wurde deutlich, dass die Erhöhungen rechtlich und ökonomisch vertretbar sind; Befürchtungen, dass die Gemeinden Steuersätze knapp unter der Erdrosselungsgrenze festsetzen würden, haben sich nicht bestätigt.

So ergibt sich z.B. für Geldspielgeräte in Spielhallen eine monatliche Mehrbelastung in Höhe von 62,00 Euro und für sonstige Apparate in Höhe von 15,00 Euro, wohingegen die Beträge für Automaten in Gaststätten für Geldspielgeräte um 5,00 Euro und für sonstige Apparate um 0,50 Euro angehoben werden.

Lediglich bei sog. „Gewaltspielautomaten“, soweit diese überhaupt rechtlich zugelassen sind, wurde eine deutliche Erhöhung von bisher bis zu 138,00 Euro auf 400,00 Euro vorgenommen. Dies war bisher aufgrund des Vergnügungssteuergesetzes NRW nicht möglich. Jedoch wird hierdurch der Lenkungszweck der Steuererhebung verwirklicht, indem die Verbreitung von „Gewaltspielautomaten“ und ähnlichen Geräten eingedämmt wird. Ein entsprechender Formulierungsvorschlag ist in der Satzung enthalten. Hinweis: Bisher sind solche Geräte in der Stadt Siegen nicht registriert worden.

Die Steuersätze für Tanzveranstaltungen und sonstige Veranstaltungen bleiben unverändert bzw. liegen moderat über den bislang nach dem Vergnügungssteuergesetz NRW zulässigen Sätzen und orientieren sich an einem Vorschlag des Städte- und Gemeindebundes NRW.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein (Mehreinnahmen 2003 ca. 0,19 Mio. €)

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt- bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH - Entwurf -	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit ca. 0,71 Mio. €	Haushaltsstelle 1.900.0210.1
-----------------------------------	---	-------------------------------	--	---------------------------------

In Vertretung

gesehen:

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter

Ulf Stötzel
Bürgermeister

Anlage 1: Satzung

Anlage 2: Übersicht Vergnügungssteuersätze

**Satzung
über die Erhebung der Vergnügungssteuer in der Stadt Siegen
(Vergnügungssteuersatzung) vom**

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am die nachfolgende Satzung beschlossen.

Die Satzung beruht auf:

§ 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Errichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt vom 30.04.2002 (GV.NRW. S. 160 ff.) [In-Kraft-Treten zum 01.01.2003].

§§ 1 bis 3 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV.NRW. 1969, S. 712) zuletzt geändert durch Art. 74 des Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an den Euro vom 25.09.2001 (GV.NRW. 2001, S. 708).

I. Allgemeine Bestimmungen

**§ 1
Steuergegenstand**

Der Besteuerung unterliegen die im Gebiet der Stadt Siegen veranstalteten nachfolgenden Vergnügungen (Veranstaltungen) gewerblicher Art:

1. Tanzveranstaltungen;
2. Striptease-Vorführungen und Darbietungen ähnlicher Art;
3. Vorführungen von pornographischen und ähnlichen Filmen oder Bildern – auch in Kabinen -;
4. Ausspielungen in Spielklubs, Spielkasinos und ähnlichen Einrichtungen;
5. das Halten von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten in
 - a) Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen,
 - b) Gastwirtschaften, Beherbergungsbetrieben, Vereins-, Kantinen- oder ähnlichen Räumen sowie an anderen für jeden zugänglichen Orten.

§ 2

Steuerfreie Veranstaltungen

Steuerfrei sind

1. Familienfeiern, Betriebsfeiern und nicht gewerbsmäßige Veranstaltungen von Vereinen;
2. Veranstaltungen von Gewerkschaften, politischen Parteien und Organisationen sowie von Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts oder ihrer Organe;
3. Veranstaltungen, deren Ertrag ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken verwendet wird, wenn der Zweck bei der Anmeldung nach § 11 angegeben worden ist und der verwendete Betrag mindestens die Höhe der Steuer erreicht;
4. das Halten von Apparaten nach § 1 Nr. 5 im Rahmen von Volksbelustigungen, Jahrmärkten, Kirmessen und ähnlichen Veranstaltungen.

§ 3

Steuerschuldner

Steuerschuldner ist der Unternehmer der Veranstaltung (Veranstalter). In den Fällen des § 1 Nr. 5 ist der Halter der Apparate (Aufsteller) Veranstalter.

§ 4

Erhebungsformen

- (1) Die Steuer wird erhoben als
 1. Kartensteuer nach §§ 5 und 6,
 2. Pauschsteuer nach §§ 7 bis 10.
- (2) Ist die Pauschsteuer höher als die Kartensteuer, wird die Pauschsteuer erhoben.
- (3) Die Steuer ist für jede Veranstaltung gesondert zu berechnen. Finden im Zeitraum eines Kalendermonats mehrere Veranstaltungen gleicher Art desselben Veranstalters und am gleichen Ort statt, so wird eine Pauschsteuer nach Absatz 1 Ziff. 2 nur dann erhoben, wenn bei Zusammenfassung aller Veranstaltungen dieses Zeitraums die Pauschsteuer höher ist als die Kartensteuer.

II. Kartensteuer

§ 5 Eintrittskarten

- (1) Wird für eine Veranstaltung ein Eintrittsgeld erhoben, so ist der Veranstalter verpflichtet, Eintrittskarten oder sonstige Ausweise, die im Sinne dieser Satzung als Eintrittskarten gelten, auszugeben.
- (2) Der Veranstalter ist verpflichtet, auf die Eintrittspreise sowie gegebenenfalls auf Art und Wert der Zugaben nach § 6 Abs. 2 am Eingang zu den Veranstaltungsräumen und an der Kasse in geeigneter Weise an für die Besucher leicht sichtbarer Stelle hinzuweisen.
- (3) Bei der Anmeldung der Veranstaltung (§ 11) hat der Veranstalter die Eintrittskarten oder sonstigen Ausweise, die zu der Veranstaltung ausgegeben werden sollen, der Stadt Siegen vorzulegen.
- (4) Über die ausgegebenen Eintrittskarten oder sonstigen Ausweise hat der Veranstalter für jede Veranstaltung einen Nachweis zu führen. Dieser ist sechs Monate lang aufzubewahren und der Stadt Siegen auf Verlangen vorzulegen.
- (5) Die Abrechnung der Eintrittskarten ist der Stadt Siegen binnen 7 Werktagen nach der Veranstaltung, bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen monatlich bis zum 7. Werktag des nachfolgenden Kalendermonats vorzulegen.

§ 6 Steuermaßstab und Steuersatz

- (1) Die Kartensteuer wird nach Preis und Zahl der ausgegebenen Eintrittskarten (§ 5) berechnet. Sie ist nach dem Entgelt zu berechnen, wenn dieses höher ist als der auf der Eintrittskarte ausgegebene Preis.
- (2) Entgelt ist die gesamte Vergütung, die vor, während oder nach der Veranstaltung für die Teilnahme erhoben wird. In einem Teilnahmeentgelt enthaltene Beträge für Speisen und Getränke oder sonstige Zugaben bleiben bei der Steuerberechnung außer Ansatz. Sofern der Wert der den Teilnehmern gewährten Zugaben nicht exakt ermittelt werden kann, legt die Stadt Siegen den Abzugsbetrag nach Satz 2 unter Würdigung aller Umstände pauschal fest.
- (3) Der Steuersatz beträgt 22 v.H. des Entgelts.
- (4) Die Stadt Siegen kann den Veranstalter vom Nachweis der Anzahl der ausgegebenen Eintrittskarten und ihrer Preise befreien und den Steuerbetrag mit ihm vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfalle besonders schwierig ist.

III. Pauschsteuer

§ 7

Nach dem Spielumsatz

- (1) Für Spielklubs, Spielkasinos und ähnliche Einrichtungen beträgt die Pauschsteuer 6 v.H. des Spielumsatzes. Spielumsatz ist der Gesamtbetrag der eingesetzten Spielbeträge.
- (2) Der Spielumsatz ist der Stadt Siegen spätestens 7 Werktage nach der Veranstaltung zu erklären. Bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen sind die Erklärungen monatlich bis zum 7. Werktag des nachfolgenden Monats abzugeben.
- (3) Die Stadt Siegen kann den Veranstalter von dem Einzelnachweis der Höhe des Spielumsatzes befreien und den Steuerbetrag mit ihm vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfalle besonders schwierig ist.

§ 8

Nach der Anzahl der Apparate

- (1) Die Pauschsteuer für das Halten von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten wird nach deren Anzahl erhoben.
- (2) Die Steuer beträgt je Apparat und angefangenen Kalendermonat bei der Aufstellung

1. in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen (§ 1 Nr. 5 a) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	200,00 Euro
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	45,00 Euro

2. in Gastwirtschaften und sonstigen Orten (§ 1 Nr. 5 b) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	50,00 Euro
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	23,00 Euro

3. in Spielhallen, Gastwirtschaften und an sonstigen Orten (§ 1 Nr. 5 a und b) bei Apparaten, mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen und/ oder Tiere dargestellt werden oder die die Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges oder pornografischer und die Würde des Menschen verletzende Praktiken zum Gegenstand haben. Die rechtliche Zulassung der Geräte ist Voraussetzung.

400,00 Euro

- (3) Besitzt ein Apparat mehrere Spieleinrichtungen, so gilt jede dieser Einrichtung als ein Apparat. Apparate mit mehr als einer Spieleinrichtung sind solche, an denen gleichzeitig zwei oder mehr Spielvorgänge ausgelöst werden können.

- (4) Tritt im Laufe eines Kalendermonats an die Stelle eines Apparates ein gleichartiger Apparat, so wird die Steuer für diesen Kalendermonat nur einmal erhoben.
- (5) Der Halter hat die erstmalige Aufstellung eines Apparates sowie jede Änderung hinsichtlich Art und Anzahl der Apparate an einem Aufstellort bis zum 7. Werktag des folgenden Kalendermonats schriftlich anzuzeigen. Bei verspäteter Anzeige bezüglich der Entfernung eines Apparates gilt als Tag der Beendigung des Haltens der Tag des Anzeigeneingangs. Ein Apparatetausch im Sinne des Abs. 4 braucht nicht angezeigt zu werden.

§ 9

Nach der Größe des benutzten Raumes

- (1) Für die Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 1 – 3 ist die Pauschsteuer nach der Größe des benutzten Raumes zu erheben, wenn kein Eintrittsgeld erhoben wird. Die Größe des Raumes berechnet sich nach dem Flächeninhalt der für die Veranstaltung und die Teilnehmer bestimmten Räume einschließlich des Schankraumes, aber ausschließlich der Küche, Toiletten und ähnlichen Nebenräumen. Entsprechendes gilt für Veranstaltungen im Freien.

- (2) Die Pauschsteuer beträgt je Veranstaltungstag und angefangene zehn Quadratmeter Veranstaltungsfläche bei Veranstaltungen

nach § 1 Nr. 1	1,00 Euro
----------------	-----------

nach § 1 Nrn. 2 und 3	2,00 Euro
-----------------------	-----------

Endet eine Veranstaltung erst am Folgetag, wird ein Veranstaltungstag für die Berechnung zu Grunde gelegt.

- (3) Die Stadt Siegen kann den Steuerbetrag mit dem Veranstalter vereinbaren, wenn die Ermittlung der Veranstaltungsfläche besonders schwierig ist.

§ 10

Nach der Roheinnahme

- (1) Die Pauschsteuer ist, soweit sie nicht nach den Vorschriften der §§ 7, 8 und 9 festzusetzen ist, nach der Roheinnahme zu berechnen. Der Steuersatz beträgt 22 v.H. Als Roheinnahme gelten sämtliche vom Veranstalter gemäß § 6 Abs. 2 von den Teilnehmern erhobenen Entgelte.
- (2) Die Roheinnahmen sind der Stadt Siegen spätestens 7 Werktage nach der Veranstaltung zu erklären. Bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen sind die Erklärungen monatlich bis zum 7. Werktag des nachfolgenden Monats abzugeben.
- (3) Die Stadt Siegen kann den Veranstalter von dem Einzelnachweis der Höhe der Roheinnahme befreien und den Steuerbetrag mit ihm vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfalle besonders schwierig ist.

IV. Gemeinsame Bestimmungen

§ 11

Anmeldung und Sicherheitsleistung

- (1) Die Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 1 – 4 sind spätestens zwei Wochen vor deren Beginn bei der Stadt Siegen anzumelden. Bei unvorbereiteten und nicht vorherzusehenden Veranstaltungen ist die Anmeldung an dem auf die Veranstaltung folgenden Werktag nachzuholen. Veränderungen, die sich auf die Höhe der Steuer auswirken, sind umgehend anzuzeigen.
- (2) Die Stadt Siegen ist berechtigt, eine Sicherheitsleistung in Höhe der voraussichtlichen Steuerschuld zu verlangen. Bei mehreren geplanten Veranstaltungen innerhalb eines Kalendermonats ist der Gesamtbetrag dieses Monats maßgebend. Die Sicherheitsleistung beträgt im Fall des § 1 Nr. 4 mindestens 10.000,00 Euro.

§ 12

Entstehung des Steueranspruches

- (1) Der Vergnügungssteueranspruch entsteht mit dem Abschluss der Veranstaltung.
- (2) Im Falle der Pauschsteuer nach der Anzahl der Apparate (§ 8) entsteht der Vergnügungssteueranspruch mit der Aufstellung des Apparates an den in § 1 Nr. 5 genannten Orten.

§ 13

Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Stadt Siegen ist berechtigt, bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen die Pauschsteuer für einzelne Kalendervierteljahre im Voraus festzusetzen. In diesen Fällen ist die Steuer für das jeweilige Kalendervierteljahr zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November zu entrichten. Die Steuer kann auf Antrag zu je einem Zwölftel des Jahresbeitrages am 15. jeden Kalendermonats entrichtet werden.
- (2) Die Vergnügungssteuer, die für zurückliegende Zeiträume festgesetzt wird, ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.

§ 14

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne von § 20 Abs. 2 Buchstabe b) des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969, in der jeweils geltenden Fassung, handelt, wer als Veranstalter vorsätzlich oder leichtfertig folgenden Vorschriften bzw. Verpflichtungen zuwiderhandelt:

1. § 5 Abs. 1: Ausgabe von Eintrittskarten

- 2. § 5 Abs. 2: Hinweis auf Eintrittspreise
- 3. § 5 Abs. 3: Vorlage der Eintrittskarten bei der Anmeldung der Veranstaltung
- 4. § 5 Abs. 4: Führung und Aufbewahrung des Nachweises über die ausgegebenen Eintrittskarten
- 5. § 5 Abs. 5: Abrechnung der Eintrittskarten
- 6. § 7 Abs. 2: Erklärung des Spielumsatzes
- 7. § 8 Abs. 5: Anzeige der erstmaligen Aufstellung eines Spielapparates sowie Änderung (Erhöhung) des Apparatebestandes
- 8. § 10 Abs. 2: Erklärung der Roheinnahmen
- 9. § 11 Abs. 1: Anmeldung der Veranstaltung und umgehende Anzeige von steuererhöhenden Änderungen

§ 15 Inkrafttreten

Diese Vergnügingssteuersatzung tritt am 1. Januar 2003 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Vergnügingssteuersatzung der Stadt Siegen vom 12.07.1988, zuletzt geändert am 29.11.2001, außer Kraft.

**Gegenüberstellung der Vergnügungs-
steuersätze und voraussichtlichen Mehr-
einnahmen**

Besteuerungsgrundlage	Bisher festgesetzte Vergnügungsteuer in €	Neu festgesetzte Vergnügungsteuer in €	Differenz	Be- rech- nung s- fak- tor *1)	Mehreinnahme pro Jahr in €
Geldspielgeräte in Spielhallen (§ 8 Abs. 2 Nr. 1) monatlich	138,00	200,00	62,00	204 Apparate	151.776,00
Sonstige Apparate in Spielhallen (§ 8 Abs. 2 Nr. 1) monatlich	30,00	45,00	15,00	151 Apparate	27.180,00
Geldspielgeräte in Gaststätten (§ 8 Abs. 2 Nr. 2) monatlich	45,00	50,00	5,00	152 Apparate	9.120,00
Sonstige Apparate in Gaststätten (§ 8 Abs. 2 Nr. 2) monatlich	22,50	23,00	0,50	57 Apparate	342,00
Gewaltverherrlichende Spielgeräte (§ 8 Abs. 2 Nr. 3) monatlich	-	400,00	400,00	0	*2)
Tanzveranstaltungen (§ 9 Abs. 2) für jede ange- fangenen 10 m² Veransthfläche pro Veransth.	1,00	1,00	0,00	1.87 2,91 m²	0,00

sonstige Veranstalt. (§ 9 Abs. 2) für jede angefangenen 10 m² Veranstalt.fläche pro Veranst.	1,60	2,00	0,40	444 m²	457,60
Kartensteuer (§ 6 Abs. 3)	20 %	22 %	2 %	0	*3)
Pauschsteuer nach dem Spielumsatz in Spielkasinos (§ 7 Abs. 1)	5 %	6 %	1 %	0	*3)
Pauschsteuer nach der Roheinnahme bei Veranstaltungen (§ 10 Abs. 1)	5 %	22 %	17 %	0	*3)
				Gesamt:	188.875,6

Erläuterungen:

*1) Die Berechnung erfolgt nach dem derzeitigen Stand (Auswertung 26.09.2002).

Die Mehreinnahmen ergeben sich unter der Voraussetzung gleichbleibender Meldedaten.

*2) Entsprechende Apparate sind bisher nicht als solche erfasst (siehe Erläuterungen der Verwaltungsvorlage Seite 2)

*3) Die Besteuerung regelmäßiger Veranstaltungen erfolgt derzeit ausschließlich nach der Größe des Veranstaltungsraumes (§9).

Die bisher durch das Vergnügungssteuergesetz festgeschriebenen Sätze wurden dem Vorschlag des Städte- und Gemeindebundes NRW angepasst.

